



Altern in der Fremde

Sorge um ältere Menschen ausländischer Herkunft

Was hat sich seit unserer letzten Mitgliederversammlung im März diesen Jahres nicht alles ereignet!

Die CDU gewinnt mit Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl. Unter dem Druck dieser folgenschweren Niederlage der SPD mit dem Kandidaten Peer Steinbrück bittet Bundeskanzler Gerhard Schröder noch am Wahlabend das Volk vorzeitig an die Urnen. Die Gewinnerin ist vor allem Angela Merkel, die darauf hin von CDU und CSU einstimmig zur Kanzlerkandidatin nominiert wird. Wird Deutschland eventuell noch in diesem Jahr oder spätestens 2006 eine Kanzlerin haben?

Doch damit nicht genug. In den EU-Ländern, in denen das Volk über die EU-Verfassung abstimmen »darf«, müssen die Verfechter eines starken Europas den Kopf einziehen: Volkes Stimme hat in Frankreich und den Niederlanden »non« und »nee« gesagt.

Aus Sicht der LSV ist Folgendes zu sagen: Jürgen Rüttgers und der CDU gratulieren wir zu ihrem Wahlsieg.

Wir sind sicher, dass die Landesseniorenvertretung in den vergangenen Jah-

ren eine hervorragende Arbeit geleistet hat, die sich auch in einem CDU/FDP regierten Land Nordrhein-Westfalen fortsetzen lassen wird.

Und was Europa betrifft? Wir Älteren, die einen Weltkrieg er- und überlebt haben, hoffen zutiefst, dass es keine weiteren Konfrontationen geben wird. Die Politiker – sowohl im Land NRW als auch im Bund und in Europa – müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie sich ihrer Entscheidungen manchmal nicht allzu sicher waren und die Bürgerinnen und Bürger außen vor gelassen haben?

Die ältere Generation, in NRW unter anderem vertreten durch eine starke Landesseniorenvertretung, schaut trotzdem zuversichtlich in die Zukunft.

Es gibt noch eine Fülle von Problemen zu bewältigen. Eines davon haben wir aufgegriffen: In den 50er Jahren hat Deutschland Menschen aus vielen Ländern gerufen, weil die Deutschen alleine nicht mehr ihre Arbeitsplätze besetzen konnten. Mittlerweile sind die Menschen ausländischer Herkunft älter geworden. Nun gilt es, Strukturen zu

schaffen, die älteren Migrantinnen und Migranten mit ihrer Art zu leben, gerecht werden. Auf den Seiten 2, 9, 10 und 11 haben wir diese Thematik an einem Projekt, das in Unna mit Tür-

ken erarbeitet worden ist, dargestellt. Die LSV hat mit einem türkischen Ehepaar aus Köln gesprochen und erfahren, warum es auch im Alter nicht mehr in sein Heimatland zurück will.

Sowohl das Projekt in Unna als auch das Gespräch mit dem türkischen Ehepaar verdeutlichen, dass beide Seiten – Deutsche und ältere Menschen ausländischer Herkunft – noch einen weiten Weg des Aufeinanderzugehens vor sich haben.

Weitere Themen in dieser Ausgabe: Die zwei Projekte der LSV, »Landesstelle pflegende Angehörige« und »Altengerechte Stadt« sind auf sehr gut besuchten Tagungen im April vorgestellt worden. (Seite 7 und 8). Das Echo war denkbar positiv. Wie sich der Vorstand zusammensetzt, erfahren Sie auf Seite 3. »Qualität in der Pflege« (Seite 5 und 6) war das Thema des Seminars in Soest. Über Aktivitäten in den kommunalen Seniorenvertretungen berichten wir auf den Seiten 12, 13 und 15. Unverständlich ist, warum in Leverkusen vom Rat der Stadt die Einrichtung einer Seniorenvertretung erneut auf Eis gelegt wurde.



*Eleonore Köth-Feige
Beisitzerin im Vorstand der LSV NRW*

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv: Der neue Vorstand	3
LSV aktiv: Mitgliederversammlung	4
LSV aktiv: Aus dem Vorstand	5 – 8
Interview	9
Was ist wenn	10
Kommentar zum Schwerpunktthema	11
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	12, 13, 15
Ältere Menschen als Opfer	14
Fachtagung der BAGSO	15
Mitglieder der LAGSO stellen sich vor	16
Impressum	16

Eleonore Köth-Feige

Ältere Menschen ausländischer Herkunft Beteiligen statt versorgen

Das Altern in der Fremde ist eine zentrale Begleiterscheinung des demographischen und sozialen Wandels in NRW geworden und wird sozialgerontologisch und sozialpolitisch künftig an Bedeutung gewinnen. Das Altern der Bevölkerung ausländischer Herkunft findet zur Zeit jedoch noch auf einem deutlich niedrigeren, also jüngerem Niveau statt.

Ältere Menschen ausländischer Herkunft in NRW

Zu der Gruppe der älteren Menschen ausländischer Herkunft zählen solche mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Eingebürgerte und (Spät-)aussiedler. Amtliche Zahlen liegen nur bezüglich der ersten Gruppe vor; der Gesamtanteil der Seniorinnen und Senioren ausländischer Herkunft ist insgesamt deutlich höher als im Folgenden dargestellt.

In der Altersklasse 60 plus leben in NRW zur Zeit knapp 190.000 Seniorinnen und Senioren mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Ihr Anteil an der ausländischen Gesamtbevölkerung beträgt damit rund 9,4 Prozent (im Vergleich: 26 Prozent bei den einheimischen Älteren.) Dieser Anteil wird sich bis 2020 ungefähr verdoppeln.

Die größten Gruppen ausländischer Senioren (65 plus) stammen in NRW aus der Türkei (rund 17.000), den Niederlanden (rund 10.500), dem ehemaligen Jugoslawien (rund 9500), Italien (rund 8700), Griechenland (rund 7800) und Spanien (rund 4200).

Lebensformen und Lebenslagen

So vielfältig die Herkunft der ausländischen älteren Menschen ist, so vielfältig sind auch ihre Lebensformen. Zwischen den jeweiligen Gruppen gibt es beträchtliche Unterschie-

de, grundsätzlich sind im Vergleich zur deutschen älteren Bevölkerung jedoch folgende Tendenzen zu beobachten.

Die Männeranteile sind deutlich höher, und es leben mehr Menschen ausländischer Herkunft in Mehrpersonen- und weniger in Einpersonenhaushalten. Der Anteil der Verheirateten ist höher. Dennoch gibt es relativ große Anteile (zumeist weiblicher) Alleinlebender. Noch sind ältere Menschen ausländischer Herkunft stärker auf Angehörige der eigenen Familie konzentriert und würden im Notfall auch häufiger Hilfe und Unterstützung von ihnen erwarten.

Doch auch die Familienstrukturen der ausländischen Bevölkerung unterliegen einem Wandel. Zukünftig werden ihre Älteren stärker auf Hilfe und Unterstützung von außen angewiesen sein. Zudem sind die Lebenslagen der ausländischen Senioren – vor allem bezogen auf Einkommen, Wohnen und Gesundheit – durchschnittlich als problematischer einzuschätzen als die der deutschen. Viele von ihnen wissen nach wie vor nicht, in welchem Land sie ihr Alter verbringen wollen, und große Teile pendeln zwischen ihrem Herkunftsland und NRW hin und her, so lange es geht.

Altenhilfe und -arbeit vor neuen Herausforderungen

Besonders für die bestehenden Strukturen der Altenhilfe und -arbeit stellt das Altern in der Fremde eine wachsende Herausforderung dar. Die möglichst lange Kompensation gegebener Einschränkungen als Ziel der

Altenpolitik muss bei den Senioren ausländischer Herkunft die eingeschränkten Rechte sowie die spezifischen Belastungen der Migrationssituation – zum Beispiel Sprachbarrieren – berücksichtigen. Im Vordergrund der Altenhilfe müssen – wie bei deutschen Zielgruppen auch – die Grundsätze ‚Beteiligung statt Versorgung‘ und ‚Anerkennung statt Klientelisierung‘ stehen. Ausländische Senioren dürfen nicht als Problemgruppen betrachtet werden, sondern als Menschen mit einem Reichtum an Erfahrungen und Kompetenzen, auf die es aufzubauen gilt.

Ältere ausländischer Herkunft haben genauso wie ältere Deutsche das Recht auf Selbstbestimmung und dazu gehört auch – so gewünscht – das Recht auf Beibehaltung der eigenen Kultur. Es gibt – noch immer – eine ganze Reihe von Zugangsbarrieren, die verhindern, dass ältere Menschen ausländischer Herkunft die deutsche Altenhilfe in Anspruch nehmen.

Mittlerweile liegt eine Reihe von Erkenntnissen vor, wie sich bestehende Dienste und Einrichtungen besser auf die neue Klientel der ausländischen Seniorinnen und Senioren einstellen können, zum Beispiel Erfahrungen aus dem Kreis Unna, die im Rahmen eines Modellprojekts gewonnen wurden.

Das ‚Altern in der Fremde‘ erfordert in vielen Bereichen Umdenken und Anpassung und das betrifft nicht nur die Anbieter von Diensten und Einrichtungen, sondern auch die älteren Menschen ausländischer Herkunft selbst. Ihnen dabei Hilfestellung zu leisten, bleibt eine der zentralen Herausforderungen.



Dr. Vera Gerling

Dr. Vera Gerling
Institut für Gerontologie
Stellv. wiss. Geschäftsführerin

LSV AKTIV: DER NEUE VORSTAND

Einstimmig beschlossen die Mitglieder der Landesessenorenvertretung NRW auf der Versammlung im März diesen Jahres in Kamen, den Vorstand um eine Beisitzerin und zwei kooptierte Mitglieder zu erweitern, um den Vorstand zu entlasten.

Bei Durchsicht des Jahresberichtes 2004 habe sich gezeigt, dass eine Vielzahl von Aufgaben, zum Beispiel Teilnahme an Tagungen, Konferenzen oder Ausschüssen, von wenigen Vorstandsmitgliedern wahrzunehmen seien.

So wurden Gaby Schnell, Altenberge, als Beisitzerin, Heinz Diekel, Münster, und Rolf Kauls, Gladbeck, als kooptierte Vorstandsmitglieder gewählt.

Die Redaktion von NUN REDEN WIR hat die einzelnen Vorstandsmitglieder gefragt, mit welcher Motivation sie sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit im Vorstand der LSV engagieren. Die Antworten und Fotos haben wir mit den Adressen und Funktionen der Vorstandsmitglieder vervollständigt.

Weiterer Bericht auf der nächsten Seite.



Stellvertretender Vorsitzender:

Egon Backes

»Da die Herausforderungen des demokratischen Wandels nicht mehr mit den

Mitteln herkömmlicher Altenarbeit zu meistern sind, setze ich mich für eine selbstbestimmte Altenpolitik ein.«

Dompfaffweg 15, 51580 Reichshof
Tel. und Fax (0 22 97) 14 83
E-Mail Egon.Backes@t-online.de



Vorsitzende:

Dr. Uta Renn

»Als ehemalige Heimleiterin hatte ich mir vorgenommen, nach Aufgabe meiner Berufs-

tätigkeit Lobbyarbeit für die älteren Menschen zu leisten.«

Ludwig-Quide-Platz 11, 51109 Köln
Tel. (02 21) 8 90 17 11,
Fax (02 21) 83 00 80 04
E-Mail uta.renn@web.de



Stellvertretende Vorsitzende:

Ruth Hunecke

»Mir geht es um die Partizipation der älteren Menschen in unserer Gesellschaft, des-

halb möchte ich für die Veränderung des Alten- und Altersbildes mitwirken.«

Büro: Brunnengasse 1, 32105 Bad Salzuflen, Tel. (0 52 22) 36 68 99, Fax (0 52 22) 36 69 03, E-Mail HuneckeR@aol.com

Schriftführerin:

Hildegard Jaekel

»Meine Kenntnisse und Erfahrungen als Sozialarbeiterin möchte ich zum Wohle der älteren Mitmenschen weitergeben.«

Op de Kühlen 14, 46284 Dorsten
Tel. und Fax (0 23 62) 6 81 86
E-Mail hilde-jaekel@versanet.de



Schatzmeister:

Wilhelm Krümpelmann

»Ich habe die Aufgabe des Schatzmeisters übernommen, um der LSV immer ein gutes und solides finanzielles Fundament zu erhalten.«

Alsenstraße 47, 33330 Gütersloh
Tel. (0 52 41) 2 76 66, Fax (0 52 41) 2 75 61, E-Mail Wikrue@aol.com



Beisitzerin:

Eleonore Köth-Feige

»Ich setze mich dafür ein, dass seniorenrelevante Fragen in Politik und Gesellschaft nicht einfach untergehen.«

Wilhelmstraße 12, 44532 Lünen
Tel. (0 23 06) 2 36 37, Fax (0 23 06) 25 94 87, E-Mail elli.koeth@web.de



Beisitzerin:

Gaby Schnell

»Mein Engagement zielt darauf ab, dass die Senioren in unserer Gesellschaft nicht ins

Abseits gedrängt werden.«

Rönnenthal 12, 48341 Altenberge,
Tel. (0 25 05) 26 12, Fax (0 25 05) 94 81 18, E-Mail schnell-altenberge@t-online.de



Kooptiertes Vorstandsmitglied:

Heinz Diekel

»Ich setze mich dafür ein, dass in den Kommunen im Regierungsbezirk Münster

weitere Seniorenvertretungen eingerichtet werden.«

Uferstraße 25, 48167 Münster,
Tel. (0 25 06) 73, 35 Fax (0 25 06) 81 05 98, E-Mail diekel@muenster.de



Kooptiertes Vorstandsmitglied:

Rolf Kauls

»Mein Engagement gilt den Senioren, weil wir ein Viertel der Gesellschaft bilden, aber in den politischen Gremien nicht vernünftig vertreten werden.«

Mathiasstr. 97, 45968 Gladbeck, Tel. (0 20 43) 3 94 63, Mobil (01 62) 9 24 55 67, E-Mail KaulsRolf@aol.com

LSV AKTIV: MITGLIEDERVERSAMMLUNG



Rund 200 Delegierte aus NRW waren zur Mitgliederversammlung der LSV in die Stadthalle nach Kamen gekommen.
Foto: Dietmar Seul

Viel Erfreuliches berichtete die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV), Dr. Uta Renn, über die Entwicklung im verflissenen Jahr. Rund 200 Delegierte nahmen auf der Mitgliederversammlung im März in der Stadthalle Kamen zur Kenntnis, dass inzwischen die LSV in gut einem Drittel der nordrhein-westfälischen Kommunen vertreten ist. Ein weiterer Pluspunkt für die LSV: Der Vorstand arbeitet mittlerweile in 16 maßgeblichen Gremien zur Seniorenpolitik auf Landesebene mit. Für die ehrenamtlich Tätigen seien damit zwar große Anforderungen verbunden. Aber der Erfolg gebe ihnen Recht.

Zwei wichtige Projekte laufen derzeit in der Trägerschaft der LSV: Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt Altengerechte Stadt (AgST) und die Anlauf- und Ansprechstelle auf Landesebene für Pflegenden Angehörige.

Das Forschungsprojekt Altengerechte Stadt habe zum Ziel, dass ältere Menschen verstärkt Verantwortung für Gestaltung und Ausstattung ihres Lebensumfeldes übernehmen. Dafür müssten Stadtstrukturen geschaffen werden, die den Älteren die Möglichkeit geben, ihre Aktivität und Kreativität einzubringen. Wie wichtig die Ansprechstelle »Pflegenden Angehörige« sei zeige die Tatsache, dass nur 30 Prozent der 324.000 Menschen, die zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt werden, die Hilfe eines Pfl-

gedienstes in Anspruch nehmen. Alle anderen kommen ohne fremde Hilfe aus. Die Landesstelle biete pflegenden Angehörigen Unterstützung durch Information zum Beispiel über Gesprächs- und Selbsthilfegruppen. Darüber hinaus aber wolle sie Sprachrohr für pflegende Angehörige sein, erläuterte die Vorsitzende Dr. Uta Renn. Mit diesen beiden Projekten habe die LSV bundes- und landesweit Neuland betreten. Erstmals sei bundesweit eine der 16 Landesseniorenvertretungen Projektträger.

LSV hat 120 Mitglieder

In der Vorstandssitzung am 19. April 2005 wurde der Beschluss gefasst, folgende Mitglieder neu aufzunehmen: Halle/Westfalen und Greven. Außerdem wurde entschieden, dass Monheim nun stimmberechtigtes Mitglied ist. Monheim war auch schon vorher Mitglied in der LSV, aber ohne Stimmrecht.

Für Furore gesorgt habe im vergangenen Jahr die Untersuchung kommunaler Pflegeberatungsstellen nach § 4 Landespflegegesetz. In Zusammenarbeit mit WDR 4 seien Pflegeberatungsstellen nach vorgegebenen Kriterien unter die Lupe genommen worden. Die Ergebnisse seien an die einzelnen Seniorenvertretungen weitergegeben und ihnen damit die Chance geboten worden, sich inner-

halb der Kommune mit den Ergebnissen zu beschäftigen und sich für Änderungen einzusetzen.

Dr. Uta Renn umriss die neuen Ziele, die sich die LSV für das kommende Jahr gesteckt hat. So dürften bei der Pflege im Interesse der älteren Menschen keine Ein-Euro-Arbeitskräfte eingesetzt werden. Die Bereiche Gesundheit, Pflege und Behinderung sollen aus den EU-Dienstleistungsrichtlinien herausgenommen werden. Weitere Ziele beinhalten die Altenpflegeumlage, die Sicherstellung der Versorgung älterer Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt, mehr Bewegungs- und Sportangebote, Anspruch auf Arbeitslosengeld für pflegende Angehörige und zukunfts-trächtige Wohnformen.

Da Günter Illhardt sein Amt als Schatzmeister zur Verfügung gestellt hatte und Egon Backes und Wilhelm Krümpelmann die Arbeit kommissarisch übernommen haben, wurde Wilhelm Krümpelmann zum neuen Schatzmeister gewählt. Nach dem Bericht des kommissarischen Schatzmeisters Egon Backes und der beiden Kassenprüfer wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Einstimmig nahm die Versammlung den Antrag des Vorstandes an, Hiltrud Wessling auf Grund ihrer langjährigen Verdienste für die Arbeit der LSV zum Ehrenmitglied zu ernennen.

E. S.

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

»Qualität in der Pflege« – Seminar der Landesseniorenvertretung NRW in Soest

Die zahlreichen Anmeldungen für dieses Seminar zeigen auf, wie wichtig diese Informationsangebote für unsere Seniorenvertretungen in den Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens sind.

Unter der Leitung von Hildegard Jaekel und Eleonore Köth-Feige berichteten vorab die 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von ihrer Arbeit vor Ort im Seniorenbereich und stellten Unterschiede bei den Budgets in den einzelnen Kommunen und Gemeinden fest.

Herausgestellt wurde dabei wie wichtig es sei, dass zur Sicherung der Seniorenvertretung vor Ort diese in die Satzung der Kommune eingetragen ist. Diese Forderung wurde durch die Landesseniorenvertretung NRW mit der Unterschriftenaktion im Jahre



Die Teilnehmer der Tagung in Soest

2003 unterstrichen. Elke Zeller von der Landesstelle Pflegende Angehörige der LSV NRW erläuterte, wie wichtig **Information und Unterstützung**

für pflegende Angehörige im häuslichen Bereich sein können und welche Chancen und Möglichkeiten sich bieten. Wie kann dabei auch der Stellenwert der pflegenden Angehörigen verbessert werden?

(www.pflegende-angehoerige.net).

Das **Projekt »Pflegebegleiter«**, unterstützt von den Vereinigten Krankenkassen, stellte Erika Michel für die kurzfristige verhinderte Frau Dr. Bubholz-Lutz vor. Sie wies darauf hin, dass die Ausbildung zum Pflegebegleiter kostenfrei ist und die Teilnehmer darüber ein Zertifikat erhalten. (Siehe Bericht Seite 6)

(www.pflegebegleiter.de).

Frauke Schönberg vom Institut für Gerontologie zeigte auf: **»Was ist Qualität und Pflege – Was ist darunter zu verstehen?«**. »Hierüber wurde ausgiebig diskutiert mit dem Ergebnis: Zufriedenheit der Betroffenen und Zufriedenheit der Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter beziehungsweise der pflegenden Angehörigen sind die Voraussetzungen einer guten Pflege.

(www.uni-dortmund.de/FFG).

Zum Thema **»Was ist Kommunikation?«** machte sich Annette Goebel, Koordinatorin für Altenarbeit in Lünen Gedanken und regte die Teilnehmer zum Mitmachen an. Kommunikation geht über Augen, Ohren, Körpersprache, Tonfall, Mimik, Gestik und Worte. Kommunikation ist also, alle Formen des menschlichen Miteinanders zu finden und sich unendlich vielfältig und unendlich individuell sowie über alle Sinne verteilt darzustellen. Bei den Bildbeispielen ging die Gruppe begeistert mit.

(annette.goebel.14@luenen.de)

Einen breiten Raum nahm das Referat über **»Möglichkeiten der medizinischen Versorgung im Alter«** von Frau Dr. Reuter ein. Nach der heutigen Vorstellung beginnt das Alter mit 65 Jahren. Dabei kommt es jedoch auf den einzelnen Menschen an. Grund einer schnelleren Alterung sind Mangelerscheinungen, Einsamkeit, Stürze und Demenzerkrankungen. Festgestellt wird: Die Pflegequote steigt extrem an. Es ist zu prüfen, welche Angebote als REHA vor einer Pflege eingesetzt werden. Wobei REHA-Maßnahmen nur von Ärzten verordnet werden können. Vereine, Seniorenclubs, Therapeuten, Beratungsstellen, Ärzte, Ambulanzen, die Familie und Selbsthilfegruppen sind

Gedicht der Seminarteilnehmer vorgelesen von Irmgard Stiff

Liebe Hilde Jaekel, liebe Elli Köth-Feige

Ein Seminar zu leiten ist sicher recht schwer.

Mit großen Erwartungen kamen wir her.

Die Themen von Pflege und Qualität.

Wir hoffen: fürs »ver-Besser« ist's nicht zu spät.

Begleitung zu Hause und auch im Heim.

Von Qualifizierten könnt's noch besser sein.

,Modellprojekte', Referenzmodell',

*Demenzservicezentrum – den nächsten Punkt,
bitte jetzt schnell.*

*Das alles in den Kopf oder
auch noch mal notieren.*

Wir es mitnehmen und weiter transportieren.

*Engagiert wie wir sind,
wollen helfen und vernetzen,*

uns mit aller Kraft für Senioren einsetzen.

*Für Informationen und Fakten danken wir sehr
und kommen im nächsten Jahr gern wieder her.*

*Ein Hoch nun den »Beiden«
es war prima und schön*

Wir nun sagen jetzt »Auf Wiedersehn«.

LSV-Seminar in Soest 18. März 2005

meist vor Ort vorhanden und müssten besser bekannt werden. Bekannter werden müsste ebenfalls der so genannte »Kümmerer«.

DRG = Abrechnungswesen = Diagnosebezogene Gruppen ist für den Betroffenen schwer verständlich. Die Ärzte denken jetzt erst richtig im Rahmen einer DRG über das Krankheitsbild und Bedürfnisse älterer Menschen nach. Dies können aber nur im Geriatrie-Team erfahrene qualifizierte Ärzte in einem Krankenhaus leisten. Der Hausarzt ist meist überfordert. Die Schulmedizin hat sich früher um ‚Geriatrie‘ nicht gekümmert. Die Geriatrie ist auch heute noch kein Studienfach. Es laufen Bestrebungen, den Geriater dem geplanten ‚Internistischen Allgemeinarzt‘ zuzuordnen. Zur Zeit können Ärzte, Fortbildungspunkte‘ in Geriatrie erarbeiten. Die jetzt geltenden unterschiedlichen EU-Richtlinien müssten angepasst werden. Die Politik ist aufzufordern, dafür zu sorgen, dass Geriatrie als Studienfach aufgenommen wird und die Rahmenbedingungen zum Beispiel in die praktischen Erfahrungen mit einbezogen werden.

Dr. Uta Renn, Vorsitzende der Landes-Seniorenvertretung NRW, stellte ihren Vortrag unter das Motto: **»Demenz und Alternative Wohnformen«**. Alternative Wohngemeinschaften statt Altenheim werde der Trend der Zukunft sein. Diese richten sich nach den Bedürfnissen der Hausbewohner und vermitteln das Gefühl, »wie zu Hause«. Hinter dem Begriff »Gemeinschaftliches Wohnen« verberge sich ein Spektrum unterschiedlicher Wohnkonzepte. Zur Unterstützung ihres Vortrags über neue Wohnmodelle

Fotos aus den Seniorenvertretungen

Die Broschüre »Kommunale Seniorenvertretung – Gründung leicht gemacht – Handreichung für Seniorinnen und Senioren, Politik und Verwaltung« soll überarbeitet werden. Der Vorstand der LSV bittet daher alle Seniorenvertretungen in NRW, Fotos aus ihrer aktiven Tätigkeit an die Geschäftsstelle der LSV, Gasselstiege 13, 48159 Münster, zu senden. Damit könnte die neue »Handreichung« lebendig und aktuell gestaltet werden.

zeigte sie den Film »Neue Wohnformen für demenziell Erkrankte«.

Darüber hinaus stellte Uta Renn das »Aktionsprogramm Pflege NRW« vor. Die Inhalte sind: Gesundheit erhalten, Pflege so lang wie möglich vermeiden, selbstständiges Leben mit Pflege, hochwertige stationäre Pflege, Angehörige unterstützen, das Ehrenamt fördern sowie der Hinweis auf die Landesinitiative Demenz-Service-Zentren in NRW.

Ruth Hunecke, stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW und stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums »Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für Ältere Menschen NRW« stellte die Arbeit des Kuratoriums vor, das im April 2004 gegründet wurde. Der Begriff »Betreutes Wohnen« sorgt immer wieder für Verwirrung der Begrifflichkeit des Wortes, da keine allgemein gültigen Mindestanforderungen für die unterschiedlichen Formen des Betreuten Wohnens bestehen. Es fehlten bislang einheitliche Kriterien, also Orientierungshilfen für die Seniorinnen und Senioren aber auch für die Investoren. Diese Unsicherheiten seien durch das Qualitätssiegel ausgeräumt. Ende 2000 wurde unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales Frauen und Familie im Rahmen einer Arbeitsgruppe »Wohnen-Handwerk / LSV NRW und der Dienstleistungswirtschaft« von der Landesinitiative Seniorenwirtschaft NRW ein Qualitätssiegel »Betreutes Wohnen für Seniorinnen und Senioren« entwickelt. Die Anforderungen an das Qualitätssiegel basieren auf den zentralen Qualitätskriterien des Kuratoriums.

Die anwesenden Seminarteilnehmer waren sich einig, dass hier endlich einmal Klarheit geschaffen und der Begriff »Betreutes Wohnen« genau definiert worden sei. Einer Einladung der anwesenden Vertreter des Bundesverbandes Seniorentanz folgten einige Seminarteilnehmer und hatten viel Spaß am Sitztanz und anderen musikalischen Angeboten.

Wer Märchen aus aller Welt liebte, konnte diese romantisch gut vorgelesen erleben bei Dieter Jaekel. Ein Non-Stop-Abschlussabend mit Sketsch und Musik schloss das Seminar in Soest ab und vertiefte die neu geschlossenen Freundschaften.

Eleonore Köth-Feige

Pflegebegleiter in Nordrhein-Westfalen

Empfang des VdK-Landesverbandes in Düsseldorf

Im Rahmen des bundesweit durchgeführten Modellprogramms **Pflegebegleiter** bereiten sich zur Zeit in Dortmund und Lünen 42 Freiwillige auf ihre Aufgabe vor, Angehörige in der häuslichen Pflege als Gesprächspartner, Zuhörer und Lotse im »Pflegedschungel« zu unterstützen und zu begleiten.

Der/die pflegende Angehörige mit ihren Kompetenzen steht im Mittelpunkt dieses Projekts, das vom Forschungsinstitut Geragogik durchgeführt und von den Spitzenverbänden der Pflegekassen gefördert wird. Es vertritt die Idee einer gemeinsamen Verantwortung für die Sorge um pflegebedürftige alte Menschen.

Unter dem Motto »Pflege geht uns alle an« fördern die Pflegebegleiter die Zusammenarbeit von Betroffenen, Beteiligten, Initiativen und Institutionen.

Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer neuen Pflegekultur, die die pflegenden Angehörigen aus ihrer isolierten Situation entlässt und dazu beiträgt, häusliche Pflege zu einem gesellschaftlich relevanten Thema zu machen.

Von Dortmund und Lünen ausgehend werden im kommenden Jahr weitere Pflegebegleiter – Treffpunkte in Vlotho, Gütersloh, Bochum, Plettenberg und anderen Orten, entstehen.

Die Mitarbeiterinnen des Projekt-Treffpunkts West – Marlies Schaefer und Monika Leifels – stehen für Nachfragen und weitere Informationen gerne zur Verfügung:

**Diakonisches Werk Dortmund
Jägerstraße 5
44145 Dortmund**

Telefon 02 31 – 8 49 43 05

Ausführliche Information über die homepage: www.pflegebegleiter.de

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Konferenz Landesstelle Pflegende Angehörige

Viel positive Resonanz verzeichneten die Initiatoren der Tagung zum Projekt der Landesseniorenvertretung »Landesstelle Pflegende Angehörige« im April im Gelsenkirchener Wissenschaftspark. Unter dem Motto: »Pflegende Angehörige – Zu Hause pflegen – Chancen und Möglichkeiten – erhielten rund 260 Teilnehmer in sechs Foren umfassende Informationen und, so die Reaktionen vieler Teilnehmer, durchaus neue Perspektiven zum Thema »Pflegende Angehörige«. Nach der Tagung habe es häufig Anfragen zu den Vorträgen des Vormittags und der Workshops gegeben, berichtet die Projektleiterin der »Landesstelle Pflegende Angehörige«, Elke Zeller. Die Vorträge und Powerpoint-Präsentationen würden demnächst über die Homepage der Landesstelle zugänglich sein. Ein weiteres positives Ergebnis: Die Landesstelle habe neue Kooperationspartner gewinnen können.

In sechs Foren wurden die Themen »Pflegende Angehörige – Experten in häuslicher Pflege« (Moderation LSV-Vorstandsmitglied Eleonore Köth-Feige), »Wer leitet mich durch den Dschungel der Hilfsangebote« (Moderation Wissenschaftliche Beraterin der LSV, Barbara Eifert), »Alltag mit Demenzkranken« (Moderation LSV-Vorsitzende Dr. Uta Renn), »Lichtblicke und Atempausen...« (Moderation LSV-Vorstandsmitglied Ruth Hunecke), »Allein oder gemeinsam? Selbstbestimmtes Wohnen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit« (Moderation LSV-Vorstandsmitglied Hildegard Jaekel), »Landesinitiative Demenz-Service NRW« (Moderation Roland Borosch, MGSFF).

Die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW, Birgit Fischer, hob auf der Basis der demografischen Entwicklungen in ihrem Referat hervor, dass sich ohne Mitwirkung von pflegenden Angehörigen die Aufgaben der Pflege nicht bewältigen lassen. »Und ohne die vielen in Seniorenvertretungen und anderswo ehrenamtlich Mitwirkenden wird sich pflegepolitische Zukunft nicht gestalten lassen«, appellierte die Ministerin an die Teilnehmer. Landespolitik und Seniorenvertretung teilten diese Einschätzung und deshalb blickten sie mit Stolz auf das jüngste gemeinsame Projekt, die »Landesstelle pflegende Angehörige« am Sitz der LSV in Münster. Die Landesstelle solle Sorgen und Nöte auf der einen, aber

auch Ideen, Hinweise und Konzepte zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger auf der anderen Seite auffangen. Darüber hinaus sei es Aufgabe der Landesstelle, Hilfestellung für den Aufbau lokaler Gemeinschaften pflegender Angehöriger zu geben und deren landesweite Vernetzung zu fördern, damit sich die Stimme pflegender Angehöriger künftig in Politik und Gesellschaft stärker Gehör verschaffen könne.

Wohin sich die Pflegepolitik in Bund und Land entwickeln müsse, zeigte die Ministerin an folgenden Punkten auf: Wichtig sei, Pflege zu vermeiden und Gesundheit im Alter zu erhalten. Ein weiterer Schwerpunkt: Ein selbstständiges Leben mit Pflege, weil bei nachlassenden körperlichen Fähigkeiten das Verbleiben in der bisherigen Wohnung oft zum Problem würde, vor

allem, wenn demenzielle Erkrankungen vorliegen. Die bestehenden Angebote für Wohnraumberatung müssten deshalb weiter entwickelt werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben sieht die Ministerin darin, die Qualität in den Heimen unseres Landes zu sichern und weiterzuentwickeln.

Zum Bereich der Unterstützung von pflegenden Angehörigen habe sie die Universität Witten-Herdecke beauftragt, Qualitätsstandards für die Beratung der pflegenden Angehörigen zu entwickeln.

Pflege, Betreuung und Hilfestellung für ältere Menschen seien aber weder allein von der Pflegeversicherung noch durch staatliche Maßnahmen zu leisten. »Pflege in ihrer Gesamtheit ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe«, betonte die Ministerin. *E. S.*



Rund 260 Teilnehmer kamen zur Tagung der Landesstelle pflegende Angehörige in Gelsenkirchen. In der Mitte: Ministerin Birgit Fischer wird von der Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung, Dr. Uta Renn, begrüßt. Vorne in der ersten Reihe links: stellvertretende Vorsitzende der LSV, Ruth Hunecke, daneben Schriftführerin Hildegard Jaekel und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen Frank Baranowski. Rechte Seite: Beisitzerin der LSV, Eleonore Köth-Feige. Foto: Dietmar Seul

Regionalversammlungen Termine 2005

Für 2005 sind folgende Regionalversammlungen geplant:

Für den **Regierungsbezirk Arnsberg** – zuständig sind Elle Köth-Feige und Hilde Jaekel – ist Donnerstag, 13. Oktober, 10 bis 16 Uhr, vorgesehen. Tagungsort ist das Rathaus in Siegen, Markt 2, 57072 Siegen.

Die Seniorenvertretungen aus dem **Regierungsbezirk Detmold** treffen sich am Donnerstag, 6. Oktober, in Gütersloh. Ansprechpartner sind Ruth

Hunecke und Wilhelm Krümpelmann. Im **Regierungsbezirk Düsseldorf** findet die Regionalversammlung am Donnerstag, 8. September von 10 bis 16 Uhr im Rathaus in Essen statt. Zuständig ist Egon Backes.

Regionalversammlung für den **Regierungsbezirk Köln** ist am Mittwoch, 31. August, von 10 bis 16 Uhr in Kerpen. Zuständig ist Dr. Uta Renn. Die Seniorenvertretungen des **Regierungsbezirks Münster** treffen sich am Dienstag, 11. Oktober, im Rathaus in Ascheberg. Ansprechpartner sind Gaby Schnell und Heinz Diekel.

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Tagung Altengerechte Stadt

Das Älterwerden unserer Gesellschaft muss in stärkerem Maße als Herausforderung begriffen werden: für die Entwicklung der Städte und Kommunen, für das Zusammenleben der Generationen, für das soziale Miteinander und als große Aufgaben der verschiedenen Akteure auf den Feldern der sozialen Arbeit.« Die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW Birgit Fischer bestätigte in ihrem Referat anlässlich der Konferenz »Altengerechte Stadt« im April damit das Konzept des Projektes, das seit Mitte vergangenen Jahres bei der Landesseniorenvertretung NRW angesiedelt ist. Durchgeführt wird es vom Büro für angewandte Soziologie e.V. Organisation, Moderation und Stadtforschung in Wuppertal. Rund 290 Teilnehmer waren zu der Konferenz nach Düsseldorf gekommen.

Der Leiter des Projekts, Prof. Dr. Herbert Grymer, Professor für Soziologie an der Universität Wuppertal, umriss die zukunftsweisenden Prioritäten, die das Projekt-Team bislang erarbeitet hat. Ausführlich wurden diese Ergebnisse dann in drei Workshops dis-

Maria Ranga vor. Um »Das neue Altenbild – seine Konsequenzen für die Städte«, ging es in der zweiten Arbeitsgemeinschaft mit dem Referenten Jan Christoph Zimmermann. Dr. Dietmar Köster analysierte im dritten Forum das Thema »Zwischen Mitwirkung und Selbstorganisation – Partizipation älterer Menschen in der Stadt.«

In gemeinsamer Arbeit mit den Teilnehmern der drei Workshops wurden neun Thesen aufgestellt, die von den LSV-Vorstandsmitgliedern Hildegard Jaekel, Ruth Hunecke und Egon Bakkes im Plenum vorgestellt und diskutiert wurden, moderiert von der wissenschaftlichen Beraterin der LSV, Barbara Eifert:

- Wenn eine Stadt altengerecht/menschengerecht ist, dann ist sie generationengerecht.
- Partizipation und Mitwirkung älterer Menschen an der Stadtentwicklung ist unerlässlich für die Zukunft.
- Partnerschaften und Kooperationen zwischen Städten, Wohnungsunternehmen und Senioren

- Die Akteure in den Städten/Kommunen müssen sich systematisch überlegen, wie sie mit dem künftigen Potenzial an Autonomie beziehungsweise Selbstständigkeit sowie Selbstbestimmtheit älterer Menschen produktiv umgehen.
- Städte und Kommunen sollten »älteren Menschen« verstärkt Aktivitätsmöglichkeiten und Handlungsspielräume eröffnen sowie Verantwortung übertragen.
- Zwischen den Wünschen Älterer nach Partizipation und der Wirklichkeit klafft eine Lücke. Die Städte beginnen erst langsam Strukturen zu schaffen, um diese Lücke zu schließen.
- Von aktiven älteren Menschen profitieren Städte, Wohnungsunternehmen und Seniorenvertretungen. Dies nutzt allen Generationen.
- Partizipation ist ein widerspruchsvoller und konflikträchtiger Prozess. Die notwendigen Auseinandersetzungen machen den Weg frei für sinnvolle Lösungen.

Jan Christoph Zimmermann, Mitarbeiter im Projekt, bestätigte eine sehr positive Resonanz zur Konferenz. Rücklauf sei vor allem aus den Kommunen gekommen, die zu einzelnen Themen aus dem Projekt Beratung wünschten.

Auch aus Seniorenvertretungen des Landes lägen Anfragen zur Vorstellung des Projektes auf dem Tisch. Positiv bewertet worden sei auch, dass die Ergebnisse der Workshops unmittelbar auf dem Podium diskutiert worden seien. Zimmermann fasst zusammen:

»Damit ist das Ziel der Konferenz, Impulse zu setzen, wie in den Städten der demografische Wandel genutzt werden kann erreicht worden.« Kommunen, die einen weiteren Beratungsbedarf zum Thema altengerechte Stadt haben, können sich an das BfaS e.V. 0202/2429839 wenden.

E. S.



Zum Abschluss der Tagung wurden die in den Foren erarbeiteten Thesen im Plenum vorgestellt und diskutiert. Das Foto zeigt v. l. n. r. Peter Fettweis, MGSFF NRW; Roswitha Sinz, VdW Rheinland Westfalen; Dr. Uta Renn, Vorsitzende der LSV; Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der LSV; Hans-Josef Vogel, Bürgermeister aus Arnsberg; Prof. Dr. Herbert Grymer, Bergische Universität Wuppertal; Thomas Möller, Freie Scholle Bielefeld. Foto: Dietmar Seul

kutiert unter dem Motto: Einsichten und Durchblicke, Empirisches aus dem Projekt Altengerechte Stadt.

»Eine Quartiers- und Stadtteilgestaltung – Bedarf und Wünsche an das Wohnen in der Stadt« stellte Myrto-

sind für die Erhöhung der Wohnqualität in einer menschengerechten Stadt nötig.

- Die Bilder älterer Menschen werden durch ein hohes Maß an »Autonomie« geprägt.

ÄLTERE MENSCHEN AUSLÄNDISCHER HERKUNFT

Interview mit Yasar und Hanife Kendigel, Köln-Vingst

Vor dem Reihenhaus in einer Wohnstraße in Köln-Vingst blühen die Rhododendron, in dem kleinen Garten dahinter der weiße Flieder. Das Haus ist modern und geschmackvoll möbliert, die Wohnung strahlt eine Atmosphäre zum Wohlfühlen aus. Es ist zu spüren, die Menschen, die hier wohnen, fühlen sich wohl und sind zufrieden: Seit 1968 leben der 64jährige Yasar Kendigel und seine acht Jahre jüngere Frau Hanife in Deutschland. Mittlerweile sind sie beide im Ruhestand. Tochter und Sohn haben in Deutschland studiert. Als Migranten alt werden in Deutschland? Die Redaktion von NUN REDEN WIR hat sich darüber mit dem Ehepaar unterhalten.

? *Herr Kendigel, Sie und Ihre Frau machen einen zufriedenen Eindruck. Sie sprechen beide gut Deutsch. Fühlen Sie sich in Deutschland wohl?*

Antwort: Ja, wir fühlen uns beide in Deutschland sehr wohl.

? *Sie leben nun beide im Ruhestand. Kommt da nicht doch wieder der Wunsch auf, in die Türkei zurückzukehren?*

Antwort: Nein, für immer in die Türkei zurückkehren, das wollen meine Frau und ich nicht. Wir haben unsere Kinder hier. Sie haben studiert, die Tochter hat Germanistik studiert und arbeitet als Deutschlehrerin und der Sohn ist Elektroingenieur. Beide haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Und vor allem – wir haben auch ein Enkelkind. Darüber sind wir sehr glücklich.

? *Haben Sie noch Familienangehörige in der Türkei?*

Antwort: Ja, und wir haben einen guten Kompromiss gefunden. Wir leben gerne in Deutschland und zum Urlaub fahren wir in die Türkei.

? *Sie sprechen gut Deutsch. Wie und wo haben Sie das gelernt?*

Antwort von Hanife Kendigel: Ich stamme aus Mazedonien. Meine Familie musste in die Türkei fliehen. Das war nicht leicht und ich habe damals als Kind sehr darunter gelitten. Später, als ich mit meinem Mann nach Deutschland gegangen bin, habe ich mir vorgenommen: Ich werde möglichst schnell Deutsch lernen, um mich im Land zurechtzufinden und mit anderen Menschen reden zu können.

? *Wie haben Sie das geschafft?*

Antwort: Ich habe mir erst einmal ein Lexikon besorgt, damit ich auf meiner Arbeitsstelle das Wichtigste verstehen konnte. Dann habe ich Deutschkurse in der Volkshochschule besucht.

? *Hatten Sie beide immer einen Arbeitsplatz?*

Antwort: Ja, als ich aus meiner Heimatstadt Istanbul nach Köln kam, war ich zunächst als Schweißer und Blechschlosser im ehemaligen Deutzer und dann im Humboldt Werk der KHD beschäftigt. Meine Frau hat zunächst als Näherin gearbeitet, dann in einer Schule geputzt und später im Römisch-Germanischen Museum in Köln als Aufsicht gearbeitet.

? *Nun sind Sie beide im Ruhestand. Ist das nicht langweilig?*

Antwort: Überhaupt nicht. Ich bin im türkischen Orchester und Chor. Dort spielen wir traditionelle türkische Instrumente. Aber außerdem haben meine Frau und ich uns auch im sozialen Bereich engagiert.

Es gibt im Haus der Arbeiterwohlfahrt ein türkisches Zentrum. Dort treffen wir uns mit türkischen Landsleuten regelmäßig im türkischen Seniorenclub und sprechen über unsere Probleme. Seit 2001 bin ich in der Kölner Seniorenvertretung tätig. Dadurch habe ich viele Möglichkeiten, meinen Landsleuten zu helfen.

? *Welche Hilfen sind das?*

Antwort: Wenn zum Beispiel ein Mann durch den Tod seiner Frau alleine bleibt, weil er keine Kinder in der Umgebung hat. Dann muss man ihm helfen. Oder es gibt Fragen zu beantworten bei Rentenproblemen. Viele können nicht alleine zum Arzt gehen, weil sie kein Deutsch können. Dann gehe ich mit zum Arzt. Es gibt Besuche im Krankenhaus zu machen, bei einem Sterbefall Unterlagen auszufüllen. Einiges kann ich selbst für meine Landsleute erledigen. Wenn nicht, dann vermittele ich ihnen die Hilfe, die sie brauchen. Es gibt immer eine Lösung. Das Telefon steht bei uns nicht still. Es gibt immer viel zu tun, auch in der Kölner



Das Ehepaar Yasar und Hanife Kendigel will auch im Ruhestand in Deutschland bleiben. Sie haben ein eigenes Haus und ihre Kinder leben als deutsche Staatsangehörige in Köln. Foto: D. Seul

Seniorenvertretung. Ich bin sehr froh, dass ich das alles tun kann.

? *Ist Ihre Frau nicht traurig, wenn sie so viele Termine haben und oft unterwegs sind?*

Antwort: Nein, überhaupt nicht. Im Gegenteil. Sie ist selbst auch sozial engagiert.

Antwort von Hanife Kendigel: Ich engagiere mich im Seniorennetzwerk und versuche deutsche und türkische Frauen zusammenzubringen. Wir wollen gemeinsam Kaffee trinken und miteinander reden.

? *Wird das von den türkischen und deutschen Frauen angenommen?*

Antwort: Nun, so ganz leicht ist das nicht. Ich bemühe mich immer wieder intensiv, diese Treffen zustande zu bringen. Dann sitze ich hier und telefoniere mit den Frauen, um sie an das Treffen zu erinnern.

? *Um einmal zusammenzufassen: Wie haben Sie es geschafft, dass Sie sich in Deutschland auch im Ruhestand so wohl fühlen?*

Antwort von Yasar und Hanife Kendigel: Wir haben beide unser Leben und unsere Umwelt mit großer Offenheit erobert und sind gerne auf Menschen zugegangen. Die Sprache des Gastlandes schnell zu erlernen ist besonders wichtig. Dies haben wir auch unseren Kindern vermittelt und immer darauf geachtet und darauf hingearbeitet, dass sie möglichst früh selbstständig mit ihrem Leben und ihrer Umwelt zurecht gekommen sind.

Das Gespräch führte Elke Seul

»WAS IST WENN. . .? 18 FRAGEN ZUM THEMA HÄUSLICHE PFLEGE«

Die Landesstelle Pflegende Angehörige, ein Projekt der Landesessenorenvertretung NRW hat eine Broschüre herausgegeben, die die wichtigsten Fragen zur häuslichen Pflege beantwortet. Die gut aufgemachte und allgemeinverständlich erarbeitete Broschüre dient dazu, im Vorfeld und im Verlauf einer Pflegesituation zu informieren und dem Ratsuchenden die richtigen Ansprechpartner zu benennen. Es sollen aber auch, so die Projektleiterin der Landesstelle, Elke Zeller, Gespräche innerhalb der Familie darüber angeregt werden, wie die Pflegesituation gemeinsam gestaltet werden kann.

Es wird aufgezeigt, welche Hilfs- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und damit letztlich

auch für Pflegebedürftige in NRW bestehen. Bleiben Fragen offen, so hilft das Verzeichnis der Pflegeberatungsstellen vor Ort weiter.

Die Landesstelle Pflegende Angehörige, Gasselstiege 13, 48159 Münster, Tel. 0251/ 2705167, ist auch unter der gebührenfreien Rufnummer **0800 - 220 4400** zu erreichen.

Fax: 0251/2795371, E-Mail: info@pflegende-angehoerige.net.

Internet: www.pflegende-angehoerige.net.

Elke Seul



Die Leiterin der Landesstelle Pflegende Angehörige, Elke Zeller (M.), überreicht Ministerin Birgit Fischer (re.) die neue Broschüre, links die Mitarbeiterin der Landesstelle, Antje Brand.

WERKSTATTGESPRÄCH ZUM ABSCHLUSSBERICHT DER ENQUETE-KOMMISSION

»Situation und Zukunft der Pflege in NRW«

Der Landtag NRW hat durch Beschluss vom 25. Januar 2002 die Enquete-Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, einen Bericht vorzulegen zur Vorbereitung von künftigen Entscheidungen des Landtages zur Sicherstellung einer angemessenen und qualitativ hochwertigen ambulanten und stationären Pflege in NRW.

Dieser Bericht wurde am 2. März 2005 dem Landtag überreicht.

Die Enquete-Kommission hat unter anderem in ihrem Bericht zur »Situation und Zukunft der Pflege« eine umfangreiche Bestandsaufnahme erstellt zur Situation pflegebedürftiger Menschen. Es geht um:

- Pflegeheime, Einrichtungen ambulante Pflegedienste usw.
- Anforderungen an die Wohnungspolitik.

Mit den dort genannten Handlungsempfehlungen werden Zielsetzungen und Lösungswege für mittel- und langfristige Aufgaben und zum Teil aber auch dringender Handlungsbedarf angezeigt. Der Landtag NRW begrüßt die Zielrichtung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission und fordert die Bundesregierung, die Landesregierung, die Kreise und kreisfreien Städte, die Pflegekassen, die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und Träger in der

Pflege auf, gemäß ihren Zuständigkeiten Wege der Umsetzung zu erarbeiten und zu realisieren.

Insgesamt gibt die Enquete-Kommission 160 Handlungsempfehlungen und merkt in ihrem 480-Seiten-Bericht an, dass in NRW zur Zeit 495.000 Menschen pflegebedürftig sind. Im Jahr 2040 werden es 659.000 sein. Um den kommenden Herausforderungen gewachsen zu sein, bedarf es, nach Aussage der Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Angelika Gemko (CDU) eines »Pflege-Mixes aus Pflegeprofis, Angehörigen und ehrenamtlichen Engagements«. *Eleonore Köth-Feige*

LEBENSITUATION ÄLTERER MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN

Ergebnisse eines Modellprojekts im Kreis Unna

Im Kreis Unna wurde von Ende 2000 bis Ende 2003 in Kooperation mit dem Multikulturellen Forum Lünen e.V. und gefördert vom Land NRW ein Modellprojekt durchgeführt, das von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. wissenschaftlich begleitet wurde. Das Leitziel des dreijährigen Modellprojekts bestand darin, das soziale Sicherungssystem in Deutschland für türkische ältere Menschen transparenter zu machen, um eine dauerhafte Nutzung durch die älteren Migranten und Migrantinnen zu erreichen. Eine Seminarreihe wurde erarbeitet, um über das deutsche Sozialversicherungssystem und bestehende Angebote für ältere Menschen zu informieren. Außerdem

wurden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der deutschen Altenhilfe und -arbeit entsprechend qualifiziert, um sie für die spezifischen Bedürfnisse der türkischen Seniorinnen und Senioren zu sensibilisieren. Darüber hinaus fand eine intensive Öffentlichkeitsarbeit statt. Eine Anfang 2001 durchgeführte mündliche Befragung von insgesamt 100 äl-

teren türkischen Frauen und Männern im Alter von 50 bis 70 Jahren hat in Übereinstimmung mit anderen Studien ergeben, dass ihre Lebenslagen im Vergleich zur einheimischen deutschen älteren Bevölkerung tendenziell Defizite aufweisen. So scheiden sie häufig aufgrund von Vorruhestandsregelungen oder Berufs- und Erwerbsunfähigkeit vorzeitig aus dem Arbeitsleben aus, sind oftmals von finanziellen Einschränkungen betroffen, schätzen ihre gesundheitliche Situation häufig negativ ein, sind über wichtige Lebensbereiche oft unzureichend informiert und haben wegen ungenügender deutscher Sprachkenntnisse oftmals Verständigungsschwierigkeiten. Ihre Informationen beziehen ältere türkische Menschen vorrangig aus dem türkischen Fernsehen und den türkischen Zeitungen.

Es zeigte sich aber auch, dass die meisten von ihnen zwar sehr familienorientiert sind, aber auch oft über Kontakte zu Nachbarinnen und Nachbarn und Bekannten verfügen, lieber mit anderen Menschen zusammen als alleine sind und in ihrer freien Zeit auch außerhalb ihrer Wohnung etwas unternehmen möchten.

Viele befragte türkische Ältere zeigten sich jedoch an einer Nutzung von Pflegediensten und -einrichtungen interessiert, die bei Pflegebedürftigkeit den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen.

Auf der Basis der Befragung wurde eine Seminarreihe für türkische Seniorinnen und Senioren konzipiert, die insgesamt zwölf Veranstaltungen umfasste und inhaltlich Bereiche wie Grundlagen der Pflegeversicherung, gesundheitliche Vorsorge im Bereich frauenspezifischer Krankheiten, Verbraucherschutz und Angebote der Altenhilfe und -arbeit für ältere Menschen umfassten.

Alle Veranstaltungen wurden in türkischer Sprache und zum Teil in Moscheevereinen durchgeführt. Mit diesen Veranstaltungen wurden insgesamt 187 türkische Seniorinnen und Senioren erreicht.

Ein Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde vom Institut für Gerontologie um eine Bewertung der Veranstaltungen gebeten. Im Ergebnis scheint sich der Ansatz, die Ausrichtung und die Art der Informationsveranstaltungen für türkische ältere Menschen bewährt zu haben. Die Qualität der Veranstaltungen

wurde als überwiegend gut beurteilt. Die Bereitschaft, die Einrichtungen der Altenhilfe in Anspruch zu nehmen schien größer geworden zu sein. Auch die Konzeption und Durchführung der Qualifizierungsveranstaltungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Altenhilfe und -arbeit hat sich bewährt. Tendenziell sind beide Veranstaltungsformen auch auf andere Kommunen übertragbar.

Es hat sich allerdings auch gezeigt, dass der Abbau von Zugangsbarrieren zu den deutschen Sozial- und Versorgungssystemen ein sehr langwieriger Prozess ist und eine verbesserte Inanspruchnahme von Diensten und Einrichtungen der Altenhilfe und -arbeit durch ältere Migrantinnen und Migranten nur durch kontinuierliche Maßnahmen erreicht werden kann.

Für weitere Details: www.kreis-unna.de (z.B. download von Broschüren) sowie Broschüre »Integration älterer Migrantinnen und Migranten. Ergebnisse eines Modellprojektes im Kreis Unna«, Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW, Düsseldorf, Dezember 2004 (e-mail: info@mail.mgsff.nrw.de)

Dr. Vera Gerling

MEINE MEINUNG...

zum Modellprojekt »Integration älterer Einwanderer im Kreis Unna«

Mit vereinzelt, unkoordinierten Aktionen zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten lassen sich – bei allem Engagement – keine nachhaltigen strukturellen Verbesserungen für die Zielgruppe bewirken. Im finanziell arg gebeutelten Kreis Unna war es erst im Rahmen des Landesprojektes möglich, mit den vereinten Kräften verschiedener Ressorts der Kreisverwaltung als auch mit einer anerkannten Migrantenorganisation unter wissenschaftlicher Begleitung entsprechend tätig zu werden.

Eine intensive muttersprachliche Informationskampagne für (ältere) Personen türkischer Herkunft wurde durchgeführt, mit persönlichen Kontakten zu Familien, Moscheen, Vereinen, Lebensmittelläden, über die türkischen Pressemedien, mit Flyern und Postern, Seminaren und Exkursionen. Parallel wurden Profis und Verantwortliche aus

politischen, sozialen, pflegerischen, gesundheitlichen Arbeitsfeldern und den Pressemedien informiert und transkulturell sensibilisiert: Die Medien berichteten regelmäßig, 550 Multiplikatoren wurden kontinuierlich persönlich angeschrieben, es gab unter anderem 41 Referate in diversen Gremien, eine bundesweit organisierte Fachtagung, 146 Profis der Altenarbeit im Kreisgebiet wurden in acht Seminaren qualifiziert, Arbeitsergebnisse wurden und werden in Broschürenform zur Verfügung gestellt.

Bei allen Schwierigkeiten und mancher Enttäuschung bei den Verantwortlichen des Projektes sind jedoch die Indizien für einen insgesamt wirksamen Abbau von Hemmschwellen bei der Zielgruppe und bei den »Profis« eindeutig. Die Strukturen des sozialen Systems im Kreis Unna sind sicher »integrationsfördernder« geworden. Transkulturelles Arbeiten muss den-

noch auch in Zukunft Thema bleiben – so werden die Projektergebnisse weitergegeben, im bescheidenerem Rahmen gibt es auch zukünftig Info- und Qualifizierungsseminare, ein »Netzwerk ältere Einwanderer« ist gerade gegründet worden.

Generell ist »langer Atem« bei der kultursensiblen Integration erforderlich angesichts der demografischen Entwicklung und der besonders stark anwachsenden Bedarfe der älteren Einwanderer! Auch im Kreis Unna, denn grundsätzliche Probleme aus der Migrationsbiografie, aus bundesgesetzlichen Regelungen oder seitens der tradierten Arbeitsformen und finanziellen Engpässe des Altenhilfesystems sind auch im Kreisgebiet nicht schlagartig verschwunden.

*Hans Zakel,
Koordinierungsstelle Altenarbeit
Kreis Unna*

GLADBECK

25 Jahre Seniorenbeirat Gladbeck – eine Erfolgsgeschichte

Kinder, wie die Zeit vergeht! Man glaubt es kaum, dass der Seniorenbeirat im Dezember 1979 gegründet wurde.

Wahrlich ein Anlass, das Jubiläum gebührend zu feiern, zunächst mit einem Festakt vor geladenen Gästen im Fritz-Lange-Haus. »Tempora mutantur« unter diesem Begriff betrachtete der Vorsitzende, Werner Röring, einst und jetzt.



Dr. Uta Renn (links) überbrachte die Grüße der Landesseniorenvertretung. Viele Gäste folgten der Einladung des Seniorenbeirates.

- Was haben die Gründer sich erhofft?
- Wahrscheinlich weniger.
- Was wurde erreicht?
- Sicher noch nicht genug.
- Damals hatten wir keinen PC.
- Heute betreiben wir ein Internet-Cafe.
- Filmvorführungen waren eine Ausnahme.
- Heute freuen wir uns über unser Seniorenkino.
- Aufnahmen wurden beim Fotografen entwickelt.
- Heute werden Ereignisse digital aufgenommen, gespeichert und auf Leinwände projiziert.

Der Vorsitzende freute sich, eine Anzahl Ehrengäste begrüßen zu können,

die in ihren Grußworten nicht mit Lob und Anerkennung sparten.

Bürgermeister Ulrich Roland betonte die wichtige Funktion des Beirats für die mehr als 20.000 Seniorinnen und Senioren von Gladbeck. Er lobte die kompetente und erfolgreiche Arbeit und versprach auch für die Zukunft seine und des Rates Unterstützung.

Als »beständiges und erfahrenes Gewissen einer Stadt« bezeichnete Landrat Jochen Welt den Beirat und überbrachte die Glückwünsche des Kreises.

Zu den Gratulanten zählten auch MdB Dieter Grasedieck und MdL Wolfgang

Röken, die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Dr. Uta Renn, der Sprecher der Wohlfahrtsverbände Joachim Wichmann, Altbürgermeister Eckhard Schwerhoff und die Vorsitzende des Sozialausschusses Maria Seifert.

Die einmütige Feststellung der Redner lautete:

»Der Seniorenbeirat Gladbeck ist unverzichtbar.«

Zu den Ehrengästen zählten auch Direktor Kreyerhoff (Stadtsparkasse) und Direktor Blanck (Volksbank), deren Institute als großzügige Sponsoren für eine moderne, technische Ausstattung des Seniorenkinos und anderer Veranstaltungen sorgten.

Den Festvortrag hielt Rolf Potthoff (WAZ Essen). Er widmete sich den Zusammenhängen zwischen Gemeinwohl und Ehrenamt und bedau-

erte abnehmendes Engagement vieler Bürger. Das aber treffe auf den Seniorenbeirat erfreulicherweise nicht zu.

Die Verdienste und Eigenarten der bisherigen Vorsitzenden beleuchtete Bodo Dehmel in einem persönlichen Rückblick.

Zur Auflockerung des Programms gab es neben Sketchen musikalische Beiträge, die von den »Villa Boys« und Nina Blumschein gekonnt gestaltet wurden.

Der Vorsitzende Werner Röring, seine Stellvertreter Rolf Kauls und Maria Rottmann vergaßen nicht, herzliche Dankesworte zu sagen an Rat und Verwaltung, an die Sponsoren, an die Seniorenberatung und alle Ehrenamtlichen im Seniorenbeirat.

WESEL

Seniorenfreundlicher Service

Der Seniorenbeirat der Stadt Wesel hat eine Aktion, mit dem Titel »Seniorenfreundlicher Service« gestartet. Es sollte in den Geschäften erforscht werden, wie es um die Seniorenfreundlichkeit im Umgang mit älteren Kunden und Kundinnen steht. Auf Grund des prozentualen Anstiegs der älteren Kundschaft in den kommenden Jahren wollte der Seniorenbeirat deutlich machen, wie und ob die einzelnen Geschäfte darauf reagieren.

Intensive Vorgespräche mit Vertretern der Stadt Wesel, dem Einzelhandelsverband und der Werbegemeinschaft waren notwendig, um die allgemeine Zustimmung zu bekommen.

Die Einzelhändler wurden durch die Presse und die Werbegemeinschaft aufgefordert, sich beim Seniorenbeirat um das Prädikat »Seniorenfreundlicher Service« zu bewerben.

Der Seniorenbeirat hat seniorenspezifische Kriterien in einer Checkliste festgelegt. Zum Beispiel Barrierefreiheit im Eingangsbereich, helle Beleuchtung, Freundlichkeit des Personals, seniorenspezifische Beratung, breite Gänge, Sitzgelegenheiten, übersichtliches Warenangebot mit

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

gut lesbaren Preisschildern, auch im Schaufenster, Kundenservice, Angebot von Toiletten, und vieles mehr.

Die interessierten Firmen wurden von je zwei Mitgliedern des Seniorenbeirates aufgesucht und nach der Checkliste überprüft. Eventuelle Mängel wurden besprochen und von den Firmen nach Möglichkeit abgestellt.

24 Firmen durften sich mit der Urkunde »Seniorenfreundlicher Service« und einem Aufkleber an ihren Eingangstüren oder Firmenfahrzeugen auszeichnen.

In einer Feierstunde wurden den Firmen im Beisein der Presse die Urkunde und die Aufkleber überreicht. Diese Auszeichnung gilt für zwei Jahre, bei einer gewünschten Verlängerung erfolgt eine weitere Überprüfung.

Die Aktion wird weiterhin durchgeführt, interessierte Firmen können sich um die Auszeichnung »Seniorenfreundlicher Service« beim Seniorenbeirat bewerben.

Interessenten für diese Aktion in anderen Orten, wenden sich an das Beiratsmitglied Eberhard Kiel, 0281-56046 oder e.kiel@online.de

Ansprechpartner sind:
Ulla Fricke 0281-50554 und
Eberhard Kiel 0281-56046

LÜNEN

Protest der Senioren hatte Erfolg

In Nordrhein-Westfalen ist Lünen die einzige Stadt, die in der Wahlperiode 1999 bis 2004 einen politischen »Ausschuss für Senioren« hatte, obwohl es in Lünen eine gut etablierte Seniorenvertretung gab.

Dagegen wehrten sich die Senioren und forderten die Wiedereinrichtung einer Seniorenvertretung. Die Kommunalpolitiker gaben diesem Wunsch nach und stellten im Rat der Stadt die Weichen für die Gründung eines Seniorenbeirates. Am 19. April 2005 wurde in der konstituierenden Sitzung im Rathaus der Stadt Lünen das Vorstandsmitglied der Landesseniorenvertretung, Eleonore Köth-Feige, zur Vorsitzenden des Seniorenbeirates in Lünen gewählt.



Schwerpunktthema der Landesseniorenkonferenz war in diesem Jahr »Begegnungsstättenarbeit in NRW«. Unter der Leitung von Ministerin Birgit Fischer fand eine intensive Diskussionsrunde zu diesem Thema statt. Es ging um die Weiterentwicklung der Begegnungsstättenarbeit an zeitgemäße Ansprüche ohne die bestehenden Strukturen aufzulösen. Die neuen Formen der sozialen Arbeit mit Älteren bedürfen neben der Vermittlung eines angemessenen Altersbildes auch der Begleitung und Qualifizierung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ergebnisse aus den verschiedenen Modellprojekten sollen auf einer Fachtagung präsentiert werden. Das Foto zeigt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Bereich der Seniorenvertretungen sowie des Vorstandes der Landesseniorenvertretung. Foto: Peter Leroy

METTMANN

Gedankenaustausch mit Dr. Uta Renn

Die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, Dr. Uta Renn, hat sich mit Mitgliedern des Seniorenrates Mettmann zu einem Gedankenaustausch getroffen. Ihre Bindung an den Kreis Mettmann seien vielfältig, sagte Dr. Renn. Sie habe mit ihrer Familie nicht nur mehrere Jahre in Erkrath gelebt, sondern auch sechs Jahre das August-von-der-Twer-Altenheim in Wülfrath geleitet.

Uta Renn lege großen Wert darauf, so berichten die Mitglieder des Seniorenrates, dass das Bild des »älteren Menschen« in der Gesellschaft richtig dargestellt werde. Es sei wichtig, die »jungen Alten« auf breiter Basis für eine ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen, in dem sie beispielsweise in Beratungs- und Begegnungsstätten neue Ideen einbringen. »Sich einbringen, mitarbeiten und sich nicht nur bedienen lassen«, sagte Dr. Renn

wörtlich. Sie wies nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit und die Vernetzung der örtlichen Einrichtungen hin.

IBBENBÜREN

Birgit Povel einstimmig zur Vorsitzenden gewählt

Einige der 120 Seniorenvertretungen im Land informieren die LSV regelmäßig über ihre Aktivitäten. Dies ist für die Arbeit auf der Landesebene sehr wichtig, denn dadurch erhält der Vorstand Einblick in die Arbeit der Seniorenvertretungen. Aus Ibbenbüren werden kontinuierlich Informationen geschickt. Für diese aufmerksame »Versorgung« dankt der Vorstand dem Seniorenbeirat Ibbenbüren (und auch den anderen Seniorenvertretungen, wie zum Beispiel Aachen und Bochum) an dieser Stelle! Aus dem Sitzungsprotokoll Ende März geht hervor, dass Birgit Povel einstimmig zur Vorsitzenden des Seniorenbeirates gewählt wurde, wozu die LSV herzlich gratuliert! B.E.

Ziel des Landespräventionspreises 2005/2006 ist es, den Fokus sensibel auf die Gruppe der Senioren zu richten und die Öffentlichkeit für ein soziales Engagement mit kriminalpräventiven Auswirkungen zu motivieren. Die besten kriminalpräventiven Initiativen und Ideen, insbesondere auch solche, die generationsübergreifende Akzente setzen, werden am Ende der Kampagne mit Geldpreisen gefördert. Insgesamt soll der Präventionsgedanke stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelangen und dadurch bekannter werden.

Die Ausschreibung des Landespräventionspreises 2005 richtet sich an alle Personen, Personengruppen und -vereinigungen – mit Ausnahme von rein kommerziellen Anbietern – die kriminalitätsvorbeugende Konzepte/Projekte in Bezug auf ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger ab 65 Jahren entwickeln oder bereits durchführen.

Ältere Menschen sind eine große und immer größer werdende Zielgruppe (mehr als 25 Prozent der Gesamtbevölkerung mit steigender Tendenz). Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung werden sie relativ selten Opfer einer Straftat. Meistens sind es spezielle Delikte, denen Senioren zum Opfer fallen, zum Beispiel Betrug an der Haustür, Handtaschenraub, Raub/Diebstahl nach Bankbesuch, Telefontrickbetrug, Wohnungseinbruch, Raub in Wohnungen oder Gewalt im sozialen Nahraum. Die Kriminalitätsfurcht der Älteren ist insgesamt nicht höher als beim Durchschnitt der Bevölkerung. Sie lassen sich aber nicht als homogene Zielgruppe erfassen, sondern es gibt innerhalb der Senioren eine so genannte Gruppe der »Hochfurchtsamen« (Untersuchung des Kriminologischen Forschungszentrums in Niedersachsen, KFN, aus dem Jahr 1996), die eine überdurchschnittlich große Furcht haben, Opfer Krimineller zu werden. Diese erhöhten Ängste sind nachvollziehbar, da die Verletzlichkeit der Senioren aufgrund des Alters größer ist, insbesondere weil sie

oftmals mehr Zeit als jüngere Menschen benötigen, um sich von den physischen, aber auch psychischen Folgen einer erlittenen kriminellen Handlung zu erholen.

Zeitraumen

- Mitte August Pressekonferenz zur Eröffnung des Wettbewerbs
- Wettbewerbsdauer November/Dezember 2005
- Mitte Januar 2006: Jurysitzung
- Febr./März 2006: Preisverleihung
- Bis Mai 2006: Dokumentation

Der Zielrichtung des Landespräventionspreises 2005/2006 entsprechend, kommt der Bewerbung des Themas »Generationsübergreifende und seniorenspezifische Kriminalprävention« eine große Bedeutung zu. Unter dem Gesichtspunkt einer öffentlichkeitswirksamen Publikation des Wettbewerbs und seiner Inhalte

wird zudem geplant, die Preisverleihung in Form einer Event-Veranstaltung zu konzipieren.

Neben einer angestrebten politischen Schirmherrschaft, voraussichtlich durch den Innenminister des Landes NRW, wird beabsichtigt, Prominente als Sympathieträger und Schirmherren für den Landespräventionspreis zu gewinnen.

Eine Jury wird die besten Initiativen und Projekte bewerten. Die Jury wird sich zusammensetzen aus Vertreterinnen und Vertretern gemeinnütziger Senioren- und Opferorganisationen, der Polizei sowie dem Landespräventionsrat NRW.

Geplant ist die Vergabe von Preisgeldern in Höhe von insgesamt 6000 €. Gegebenenfalls stiftet der »Weißer Ring e.V.« noch einen Sonderpreis.

Es ist geplant, den WDR als Medien-einrichtung in NRW für eine Kooperation zu gewinnen.

FACHTAGUNG »DEMENZ«

Vernetzung der Hilfsangebote am Beispiel der Stadt Münster

In Nordrhein-Westfalen leben rund 300.000 Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Tendenz steigend. In der Bundesrepublik leben rund eine Million demenzkranke Menschen. In den kommenden Jahren werden es rund zwei Millionen Menschen sein.

Die Kenntnisse über Krankheitsbilder und –verläufe bei demenziellen Erkrankungen sind bei pflegenden Angehörigen sowie ehrenamtlich Tätigen nicht ausreichend. Das Land NRW hat hier zur Hilfestellung die Landesinitiative Demenz-Service mit acht Zentren eingerichtet, die finanziell vom Land getragen werden.

Die Stadt Münster (Sozial- und Gesundheitsamt) hat einmal aufgelistet, welche Möglichkeiten sich bei einer Vernetzung der Angebote darstellen. Die Angebote wurden durch entsprechende Broschüren und Informationsstände unterstützt.

Beratung, Begleitung, Erkennen, Behandeln und die Sensibilität für De-

menzkranke aufbringen – die Würde und Privatsphäre des Betroffenen achten. Dies sollte bei allen Institutionen, die mit Demenzkranken zusammenkommen, selbstverständlich sein.

Vorstellbar wäre ein »Bürgerschaftsmodell«, in dem Demenzerkrankte das Gefühl haben, noch gebraucht zu werden. Eine Broschüre aus Schottland »Care to Communicate« wird von der Landesregierung ausdrücklich empfohlen. Nach Einschätzung vieler Fachleute habe sich diese Publikation in Deutschland schon bestens bewährt. Sie vermittele praktische Hinweise für die Kommunikation und das Zusammenleben mit demenzkranken Menschen.

Den erkrankten Menschen zu begleiten und die Angehörigen oder Beziehungspersonen zu unterstützen sei die Devise dieses Modellversuches. Dazu gehöre auch das passende Wohnumfeld. *Eleonore Köth-Feige*

Große Herausforderungen für die pflegerischen Versorgungssysteme

Vorschläge der Mitglieder zur Änderung der Pflegeversicherung, um eine Empfehlung an die Bundesregierung zu erstellen sowie Diskussion des Entwurfs eines 3. Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts waren die Tagesordnungspunkte auf der Sitzung der »Fachkommission Gesundheit und Pflege«.

Übereinstimmend erklärten die Teilnehmer, dass sich die Pflegeversicherung in den vergangenen Jahren bewährt habe. Die Zahl der Pflegebedürftigen werde in den kommenden Jahren ansteigen. Somit stünden pflegerische Versorgungssysteme vor großen Herausforderungen.

Wie sollen neue Erkenntnisse beziehungsweise neue Strukturen finanziert werden? Der Staat könne aus dieser Verantwortung nicht entlassen werden. Welche Empfehlungen könnten den Kommunen gegeben werden?

Die Teilnehmer diskutierten über folgende Punkte:

- Was ist an Pflege oder Beratungsangeboten vor Ort vorhanden?
- Kann es gebündelt werden?
- Der Arzt ist Ansprechpartner und unterscheidet zwischen Behandlungs- und Altenpflege.
- Die Fortbildung der Ärzte in Geriatrie ist freiwillig und wird vom Hartmannbund ausdrücklich empfohlen.
- Ausgebildete Altenpfleger sind nach neuer Gesetzeslage den Krankenpflegern gleich gestellt.
- Für die Kommunen wäre es hilfreich, wenn die Heime ihre Kalkulation offen legen würden. Insbesondere, da die Heime ihre Preise selbst aushandeln können.
- Stärkung der Eigenverantwortung – was hat sich bewährt?
- Verbleib der Pflegebedürftigen im eigenen Wohnumfeld.
- Angebot des Fraunhofer-Institutes: Wohnen mit viel Technik »Smarter wohnen in NRW«

- Ausbau des persönlichen Pflegebudget.
- Ausbildung der Pflegebegleiter – Patientenberater.
- Wie erreicht man Senioren an der Basis?
- Unterstützung der Gründung von Seniorenvertretungen.
- Wo sind gute Beispiele im Ausland? (Niederlande).

Die BAGSO will dazu einen aktuellen Fragebogen erstellen und die Mitglieder befragen.

Der vorgelegte Entwurf eines 3. Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts des Bundesministeriums der Justiz unterstützt den Patientenwillen, dass bei einer Krankheit, die zum Tode führt, das Leben nicht verlängert wird. Dies decke sich nicht mit dem ärztlichen Verhalten, so der Hartmannbund, denn eine klare Rechtsstellung gebe vor, dass ein Leben so lang wie möglich erhalten werden müsse.

Eleonore Köth-Feige

LEVERKUSEN

Seniorenvertretung erneut auf Eis gelegt

Hintergrund: Seit vielen Jahren existiert in Leverkusen der sogenannte Seniorenring, ein Zusammenschluss von ehrenamtlichen Akteuren der Seniorenpolitik, ursprünglich gegründet von der Seniorenunion und der SPD AG 60 plus.

Um die unabhängige politische Teilhabe älterer Menschen in Leverkusen auf eine verbindliche, demokratisch legitimierte und teilhabeorientierte Basis zu stellen, setzt sich der Seniorenring seit über zehn Jahren für die Einrichtung einer Seniorenvertretung ein. Unermüdlich hat der Seniorenring in Diskussionen geworben, zum Beispiel Seniorenvertretungen anderer Städte befragt, die Landesessenorenvertretung und Experten eingeladen, um die Politik in Leverkusen von einer Seniorenvertretung zu überzeugen. Am 2. Mai dieses Jahres war es dann fast soweit, eine

Seniorenvertretung für Leverkusen schien greifbar nah. Leider nur fast, denn der Antrag auf Einrichtung eines Seniorenbeirates wurde vom Rat zurückgestellt. Als Begründung wurden die Kosten für die Wahl einer Seniorenvertretung angeführt.

Kommentar: In über 120 Kommunen des Landes existieren Seniorenvertretungen, das heißt in einem Drittel der Kommunen profitieren Politik und Verwaltung vom freiwilligen Engagement älterer Menschen. Damit setzen diese Kommunen etwas in die Praxis um, was theoretisch oft gefordert wird: Nämlich die politische Teilhabe älterer Menschen, für die es bekanntermaßen gute Gründe gibt, zum Beispiel den demografischen Wandel.

Um so unverständlicher erscheint es, dass in einer Kommune, in der es seit vielen Jahren engagierte Menschen gibt, die bereit und in der Lage sind mitzugestalten und ihr Wissen und ihre Erfahrungen ehrenamtlich einbringen möchten, dieses Engagement nicht aufgegriffen, dankbar ange-

nommen und eingebunden wird. Liegt es wirklich nur am Geld, muss man nach zehn Jahren Kampf fragen? Und wenn es so wäre, könnte man nicht gemeinsam mit denen, die sich da so unermüdlich einsetzen, eine konstruktive Lösung finden? Wie funktioniert es in den Nachbarstädten, die sicher auch nicht ohne Finanzprobleme dastehen und dennoch Seniorenvertretungen haben? Im Kontext des langen Ringens um eine Seniorenvertretung in Leverkusen drängt sich der nicht unbegründete Verdacht auf, dass man von Seiten der Politik in Leverkusen keine Seniorenvertretung will und das Engagement der älteren Menschen nicht schätzt.

Zu hoffen bleibt, dass es doch noch einen Weg zu einer Seniorenvertretung in Leverkusen gibt. Vor allem aber dürfen die Seniorinnen und Senioren in der Stadt jetzt nicht aufgeben, obgleich man es nach über zehn Jahren verstehen könnte!

Barbara Eifert

MITGLIEDER DER LAGSO STELLEN SICH VOR

Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) streitet für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber politischen Entscheidungsträgern und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden und koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet: pluralistisch und politisch unabhängig, keineswegs jedoch neutral.

Der DGB ist demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Bestimmend sind die acht Mitgliedsgewerkschaften IG BAU, IG BCE, GEW, IG Metall, NGG, GdP, Transnet, ver.di.

Deren Delegierten wählen in den Regionen, den Bezirken und im Bund die Vorstände. 400 Delegierte der DGB-Gewerkschaften kommen alle vier Jahre zum DGB-Bundeskongress zu-

sammen. Sie treffen die strategischen Entscheidungen, stimmen über Satzungsfragen und Grundsatzzprogramm ab und wählen den fünfköpfigen hauptamtlichen DGB-Bundesvorstand (GBV).

Dem Bundesvorstand gehören neben dem GBV die Vorsitzenden der Gewerkschaften an. Zwischen den Bundeskongressen trifft der Bundesausschuss, dem neben 70 Delegierten der Gewerkschaften die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Bezirksvorsitzenden des DGB angehören, die zentralen Entscheidungen.

Arbeit für ältere Mitglieder

Die Seniorenarbeit wird in erster Linie durch die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund in vielfältiger Form wahrgenommen. Fast alle Verwaltungsstellen, Bezirke und Einheiten der Gewerkschaften in Nord-

rhein-Westfalen unterhalten Seniorenausschüsse, die sowohl bei den vielfältigen Aktivitäten der Gewerkschaften beteiligt werden als sich auch um geselliges Beisammensein kümmern.

In den DGB-Regionen im Land arbeiten elf Seniorenausschüsse. Ihr Arbeitsprogramm ist außerordentlich umfangreich. Eigenständige politische Aktivitäten, zum Beispiel Informationsstände in den Städten, Befragungen und Saalveranstaltungen sind das Eine, Bildungsveranstaltungen, gemeinsame Reisen und Besichtigungen gehören ebenfalls zum Programm.

Auf der Landesebene fasst der DGB-Bezirk die Vorsitzenden der DGB-Seniorenausschüsse zusammen, um mit ihnen seniorenpolitische Fragen und allgemein politische Themen der Bundes-, Landes- und Regionalpolitik zu erörtern.

GELESEN GELESEN GELESEN GELESEN GELESEN GELESEN GELESEN GELESEN

Anders leben als gewohnt – Wenn verschiedene Frauen unter ein Dach ziehen

*Autorin: Gabriele Gerngroß-Haas
Ulrike Helmer Verlag,
Altkönigstr. 6 A, D-61462 Königstein.
ISBN 3- 98741-169-5,
Preis 14.95 . Paperback.*

Immmer häufiger leben Frauen in Gemeinschaft mit anderen Frauen. Um Abhängigkeiten, Isolierung und Alterseinsamkeit aktiv etwas entgegenzusetzen, haben sie, jung oder alt, eine beeindruckende Vielfalt an Wohnformen entwickelt. Damit setzen sie auf Wahlverwandtschaft statt

auf Seniorenresidenz oder Kleinfamilie und übernehmen soziale Verantwortung füreinander. Solche Wohnformen sind durchaus nichts Neues. Sie orientieren sich an der so genannten »Beginenbewegung«, die im letzten Drittel des zwölften Jahrhunderts in Belgien entstand und sich in den folgenden Jahrhunderten in ganz Europa ausbreitete.

Die Sozialplanerin und -beraterin Gabriele Gerngroß-Haas beschreibt in ihrem Buch selbstorganisierte, zum Teil generationenübergreifende Wohnformen. Sie sprach mit alten und jungen Frauen, die jetzt oder später nicht im Single- oder Doppelhaus-

halt leben möchten und erfuhren: Wo die Kleinfamilie nicht ein Leben lang trägt oder von vornherein nicht als Modell in Frage kommt, birgt gemeinschaftliches Wohnen eine Menge Chancen.

Sie beschreibt Gemeinsamkeiten und Unterschiede, persönliche Erfahrungen der Bewohnerinnen sowie Vor- und Nachteile verschiedener Wohn-Gemeinschaften. Die Autorin verschweigt nicht, dass solche neuen Wohnformen mit all ihren Facetten auch eine Fülle von Konflikten bergen. Ein umfassender und anschaulicher Überblick über vorhandene Einrichtungen ergänzt die Berichte. E.S.

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.,
Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50,
Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

V.i.S.d.P.: Dr. Uta Renn

Redaktion: Elke Seul (fdS)

Wiss. Beratung u. Mitarbeit: Barbara Eifert

Korrektur: Eleonore Köth-Feige

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37,
48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Sept. 2005. Thema: »Senioren und Kultur«. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen.
Redaktionsschluss 15. August 2005